

Aktuelles aus Guatemala / Dezember 2009 von Ursula Baumgartner, Guatemalanetz Bern

Menschenrechte

Mit einem Umzug durch die Hauptstadt haben am 10. Dezember 2009, dem **Internationalen Tag der Menschenrechte**, die Menschenrechtsorganisationen, die in der Convergencia por los Derechos Humanos zusammenarbeiten, den 61. Jahrestag der Universellen Erklärung der Menschenrechte gefeiert. Mario Minera, der Direktor von CALDH, einem Menschen-rechtszentrum, erklärte, dies sei ein Tag, um die Staatsorgane daran zu erinnern, dass das Justizwesen nicht funktioniere und eingegangene Verpflichtungen gegenüber den Opfern des internen bewaffneten Konfliktes bisher nicht erfüllt worden seien.

Am selben Tag übergaben VertreterInnen des Nationalen Programms für die Entschädigung der Kriegsoffer der Staatsanwaltschaft **4 165 Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen** während des internen bewaffneten Konfliktes. Diese betreffen erzwungenes Verschwindenlassen, Folter, Vergewaltigungen, aussergerichtliche Hinrichtungen und Massaker. Mit den Klagen sollen endlich die Untersuchungen dieser Verbrechen eingeleitet werden. Schliesslich sind seit den Friedensabkommen auch schon wieder 13 Jahre vergangen.

Hin und wieder tut sich aber etwas: Nachdem Ende Juni 2009 ein erstes Urteil wegen erzwungenen Verschwindenlassens gegen einen Ex-Militärkommissär gefällt und dieser verurteilt worden war (vgl. Aktuelles September 2009), wurde anfangs Dezember 2009 erstmals ein hoher Militär, der **Ex-Oberst, Marco Antonio Sánchez Samayoa**, zusammen mit drei ehemaligen Militärkommissären, wegen erzwungenen Verschwindenlassens von acht Personen in El Jute, Chiquimula, verurteilt. Er muss für 53 Jahre und 4 Monate ins Gefängnis.

2009 ist ein Jahr mit sehr viel Gewalt und Unsicherheit, die Anzahl der Morde hat wieder zugenommen, die Zahl der Opfer ist so hoch wie in den Jahren des internen bewaffneten Konfliktes. Drohungen und Übergriffe gegen und Morde an **Leuten, die Widerstand leisten gegen Multis, an MenschenrechtsaktivistInnen, an FührerInnen von Bauernorganisationen und Gewerkschaften und an UmweltaktivistInnen** sind häufig geworden. Zur Untersuchung der Verbrechen und zur Verfolgung der VerbrecherInnen kommt es in wenigen Fällen. Einem Aufruf von Gruppen der Zivilgesellschaft folgend, versprach der Leiter der Internationalen **Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG)**, Carlos Castresana, seine Organisation werde die gerichtliche Verfolgung der Verbrechen gegen AktivistInnen und FührerInnen, die in den letzten sechs Jahren begangen wurden, unterstützen.

Am Menschenrechtstag, 10. Dezember 2009, hat das Erzbistum von Guatemala zum sechsten Mal den **Menschenrechtsorden Juan José Gerardi** vergeben. Es erhielten ihn eine Frau, Juana Méndez Rodríguez, und ein Mann, Édgar Fernando Pérez Archila. Juana Méndez Rodríguez hatte, obwohl sie eine indigene Frau ist und nur kiché spricht, gegen zwei Polizisten geklagt, die sie vergewaltigt hatten, während sie sie im Gefängnis von Nebaj, Quiché unschuldig gefangen hielten (vgl. Aktuelles April 2008). Der Anwalt Édgar Fernando Pérez Archila hat Fälle von grossem gesellschaftlichem Gewicht, wie die Massaker von Rio Negro und von las Dos Erres, erzwungenes Verschwindenlassen in Choatalum, Chimaltenango, und andere vor Gericht gebracht.

Landkonflikte

Es kommt wieder vermehrt zu Vertreibungen. So beklagte zum Beispiel Juan Tiney, Vertreter der CONIC (Nationale Koordination der Indigenen- und BäuerInnenorganisationen), anfangs September 2009 seien mehr als dreissig Familien in **Panzos, Alta Verapaz**, ohne Dach über dem Kopf und ohne Nahrung geblieben, weil dort in verschiedenen Weilern durch die Polizei gewaltsame Räumungen durchgeführt worden seien. Bei diesen Räumungen werden nicht nur die Leute vertrieben, sondern auch ihre Häuser und ihre Ernten zerstört. Der Boden wurde anschliessend eingeebnet und für den Anbau von Rohrzucker zur Herstellung von Ethanol vorbereitet!

In der Gemeinde **Las Nubes, El Estor, Izabal**, erschienen am 24. September 2009 die Gouverneurin, Luz Maribel Ramos Peña, zusammen mit Polizisten und Sicherheitskräften der Compañía Guatemalteca de Niquel (CGN) und wollte die BewohnerInnen vertreiben. Dies obwohl man daran war, die Konflikte, welche die CGN mit verschiedenen Gemeinden der Region hat, mit Verhandlungen zu diskutieren und zu lösen. Da es keinen Räumungsbefehl gab, wurde die Räumung schliesslich sistiert. Am 27. September 2009 wollten die BewohnerInnen von Las Nubes und aus anliegenden Gemeinden in einem Marsch nach El Estor bei den Behörden die Bedrohungen anzeigen. Auf dem Weg dahin wurden sie von Sicherheitskräften der CGN eingezingelt und angegriffen. Dabei wurde ein Bauer getötet und mehr als zehn zum Teil schwer verletzt.

In Zusammenhang mit dem **Tag des Widerstandes der Indigenen Völker** am 12. Oktober 2009 (für andere der Jahrestag der Entdeckung Amerikas) riefen die indigenen Organisationen, Dörfer und Völker in Guatemala dieses Jahr zu Märschen an verschiedenen Punkten der Hauptstadt und des Landes auf. Damit protestieren sie gegen die Kommerzialisierung des Lebens und der Natur, gegen die Umweltverschmutzung und gegen die Ausplünderung der Erde, gegen die Militarisierung und gegen die Kriminalisierung des sozialen Kampfes. Damit bekräftigten sie auch ihre ablehnende Haltung gegenüber Megaprojekten, die sie in Volksbefragungen alle abgelehnt hatten. Konkret gefordert wurden die Überprüfung der Bergbaulizenzen, der Abbruch des Baus einer Zementfabrik (San Juan Sacatepéquez) und die Freilassung von Ramiro Choc (vgl. Aktuelles März 2009).

Mit den Märschen verlangten die indigenen BäuerInnen auch ein **Treffen mit Präsident Álvaro Colom**. An dieser Begegnung sollten die Abmachungen überprüft werden, welche Colom im Anschluss an den letzten Protestmarsch eingegangen war. Das Resultat des neuen Treffens war aber sehr mager: Colom versprach, vorläufig keine weiteren Abbaulizenzen zu vergeben. Bei anderen Forderungen, wie zum Beispiel die Freilassung von Ramiro Choc oder dem Rückzug des Militärkontingentes aus San Juan Sacatepéquez erklärte er, sie lägen ausserhalb seiner Befugnis.

Am 27. Oktober 2009 organisierten **Codeca (Komitee für bäuerliche Entwicklung) und die Nationale Kampffront (FNL)** Proteste zur Durchsetzung ihrer Forderungen: 25 000 BäuerInnen blockierten an zwanzig verschiedenen Stellen des Landes die Strassen. Sie forderten die Verstaatlichung der Elektrizitätswerke, die Untersuchung der Morde an ihren AktivistInnen, eine Hilfe von 2 000 Quetzal (CHF 240) an 350 000 Familien und die Wiedergutmachung für Angehörige von Opfern des internen bewaffneten Konfliktes. Zum verlangten Treffen mit Präsident Colom kam es nicht, aber nach Verhandlungen mit der Präsidialen Kommission des nationalen System des permanenten Dialogs, wurde anfangs November 2009 zugesichert, dass Bauernfamilien 72 Millionen Quetzal für Anbau und Nahrung zugesprochen worden seien.

Gleichzeitig mit der Demonstration von Codeca und FNL protestierten Angehörige der **Plataforma Agraria** vor dem Sitz des staatlichen Landfonds und verlangten Kredite für

die Pacht von Land an 10 000 Familien und die Lösung des Landkonfliktes in sieben Gemeinden in San Marcos. Schon am 29. Oktober 2009 wurde an einem Treffen zwischen Funktionären des Präsidenten und der Plataforma Agraria vereinbart, per Ende November könnten 10 000 Mikrokredite an ebenso viele Bauernfamilien gewährt werden. Ausserdem wurde ein Treffen mit Funktionären des Landwirtschaftssekretariats zur Lösung der Landkonflikte in verschiedenen Gemeinden vereinbart.

Nahrungsunsicherheit

Das Humanitäre Netz der Vereinten Nationen hat in der zweiten Hälfte des Monats Oktober 2009 eine Untersuchung zur Ernährungslage durchgeführt in 64 Munizipien des Trockenheitskorridors im Osten (corredor seco de oriente) zwischen Izabal und Quiché (dem von der Ernährungskrise am stärksten betroffenen Gebiet Guatemalas). Die Resultate sind alarmierend: **11% der Kinder und 13,4% der Frauen leiden unter akuter Unterernährung**. Bei den Kindern ist der Anteil an Unterernährten desto höher je jünger sie sind, d.h. 17% der Säuglinge zwischen 6 und 11 Monaten sind unterernährt, 15% der Kleinkinder zwischen 12 und 23 Monaten und 12% der Kinder zwischen 24 und 35 Monaten. Ab drei Jahren sind 3% der Kinder unterernährt.

Die Studie zeigt auch auf, dass die Verteilung der Nahrungsmittelpakete aus dem Programm des sozialen Zusammenhaltes nicht genügt, um die Ernährungskrise zu lösen. 77,5% Prozent der Haushalte im befragten Gebiet gaben an, über keine Nahrungsmittelreserven zu verfügen.

Die Front gegen den Hunger (FCH) (vgl. Aktuelles September 2009) hat anfangs Dezember 2009 ihre **Erhebung über die Unterernährung von Kindern unter 5 Jahren** abgeschlossen. Sie wurde in 17 Departementen durchgeführt und umfasste 77% des Landes. Dabei wurde bei 556 Kindern akute Unterernährung festgestellt, 265 Kinder wurden zur Erholung in Spitäler überführt. Der Menschenrechtsprokurator, Sergio Morales, betonte, diese Untersuchung müsse den verantwortlichen Organisationen und FunktionärInnen als Leitkarte dienen, damit sie wüssten, wohin die Hilfe und die entsprechenden Programme zuerst gebracht werden müsse.

Die Regierung hat inzwischen begonnen, Silos und Speicher instand zu stellen, damit in Zukunft **Reserven für Krisensituationen** angelegt werden können, wie der UNO-Berichtersteller für das Recht auf Nahrung, Oliver De Schutter, anfangs September 2009 verlangt hatte.

Die Ernährungskrise vor allem im Osten Guatemalas hat dazu geführt, dass viele Familien den Start in die Gebiete, wohin sie gewöhnlich als SaisonarbeiterInnen gehen, vorgezogen haben. Viele seien schon im September weggegangen, ohne dass sie infolge der Dürre die letzte Bohnensaat hätten ausbringen können, sagte Gustavo García von der UNO-Welternährungsorganisation (FAO). Normalerweise findet die **interne Migration** zwischen November und März statt, vor allem in den Petén, wo die WanderarbeiterInnen für die ersten Landarbeiten eintreffen. García befürchtet aber, dass sie auch dort eine schwierige Situation antreffen werden, denn es herrscht im Petén Mangel an Arbeitsplätzen, weil die Ausweitung der Viehzuchtzone grosse Flächen von Ackerland zum Verschwinden gebracht hat. Viehzucht generiert viel weniger Arbeitsstellen als Ackerbau.

Verbesserung im Justizwesen

Anfangs Oktober 2009 hat der Kongress die **13 RichterInnen des Obersten Gerichtshofes (CSJ)** und die **90 RichterInnen der Appellationsgerichte (CA)** gewählt. Die Weise, wie diese Wahlen abgelaufen sind, weckt die leise Hoffnung, dass sich das Justizwesen Guatemalas verändern lässt.

Im vergangenen Sommer hatte der Kongress ein neues Gesetz betreffend die Wahlen der Justizbehörden verabschiedet. Damit wurden Postulationskommissionen eingeführt, welche die Kandidaturen prüfen und anschliessend dem Kongress eine Liste der besten Kandidaten und Kandidatinnen (26 für den CSJ und 180 für die CA) zur Wahl vorlegen müssen. Die Verhandlungen der Postulationskommissionen müssen offen und transparent sein. Es brauchte zwar den Druck der Zivilgesellschaft und der CICIG, damit diese Transparenz einigermaßen gewährleistet wurde.

Auf den Listen wurden dann aber Leute vorgeschlagen, welche gar nicht alle den Anforderungen von fähigen, unabhängigen und unbescholtenen JuristInnen entsprachen. Gruppierungen der Zivilgesellschaft und insbesondere der Leiter der CICIG, Carlos Castresana, forderten, die Listen seien zu bereinigen. Gegen sechs der dreizehn CSJ-MagistratInnen, welche der Kongress schliesslich wählte, erhoben VertreterInnen der Zivilgesellschaft und Castresana massive Einwände. Namen und Vorwürfe mussten öffentlich gemacht werden. Einer der Angeschuldigten zog sich darauf zurück, zwei wurden vom Kongress des Amtes enthoben, die drei weiteren verbleiben im Gremium. Bei der Wahl in die Appellationsgerichte berücksichtigte die Postulationskommission die Einwände der CICIG und schlug dem Kongress niemanden aus Castresanas Liste von 20 nicht den Anforderungen entsprechenden KandidatInnen vor.

Gleich in ihrer ersten Sitzung haben die Angehörigen des CSJ ihren Präsidenten bestimmt. Das lässt tatsächlich hoffen; denn das alte Gremium hatte acht Monate gebraucht, um seinen Vorsitzenden zu wählen. Private Interessen und Abmachungen, politische Verpflichtungen und geschäftliche Verbindungen hatten verhindert, dass sich die MagistratInnen auf eine Vorsitzende, resp. einen Vorsitzenden einigten und damit auch das ordentliche Funktionieren des Gerichtshofes blockiert.

Gewalt an Frauen

Im Rahmen des **Internationalen Tages gegen die Gewalt an Frauen** vom 25. November 2009 wurde in Guatemala am 10. November 2009 die UNO-Kampagne **„Lateinamerika, vereinige dich, um mit der Gewalt gegen Frauen Schluss zu machen“** lanciert. Obwohl in letzter Zeit in Guatemala an sich gute Gesetze, das Gesetz gegen Frauenmord (Femizid), das Gesetz gegen sexuelle Gewalt, das Gesetz gegen innerfamiliäre Gewalt und das Gesetz gegen Menschenhandel, in Kraft getreten seien, habe die Gewalt gegen Frauen unerträgliche Masse angenommen, beklagte der UNO-Vertreter in Guatemala, Mauricio Valdés. Laut Angaben von GAM (Menschenrechtsgruppe gegenseitiger Hilfe) wurden im Laufe des Jahres bis Ende Oktober 2009 439 Frauen ermordet. Die Abteilung Gender der Justiz gibt an, dass in diesem Jahr bisher in 4 Fällen von Morden an Frauen Urteile gefällt wurden, gegenwärtig seien 51 Prozesse hängig. Der Oberste Gerichtshof (CSJ) beschloss Ende November 2009, drei spezialisierte Gerichte für Fälle von Gewalt an Frauen zu schaffen.

Auf nationaler Ebene wurde vom 16. bis 17. November 2009 das Seminar **„Sehen, Entgegentreten, Lösen“** durchgeführt. Hier analysierten nationale und internationale Experten die Mechanismen, um der Gewalt gegen Frauen in der guatemalteckischen Gesellschaft entgegenzutreten.

Sicherheit

Erpressungen, Überfälle auf und Morde an Buschauffeuren und ihren Gehilfen

gehen weiter. Am 20. November 2009 blockierten Chauffeure, Gehilfen und AktivistInnen der Zivilgesellschaft die Interamerikanische Strasse in Tecpán, Chimaltenango, während fünf Stunden, um ihrer Forderung nach mehr Sicherheit Ausdruck zu verleihen. Der Gouverneur des Departementes, Érick de León, nahm ihre Petitionschrift entgegen. Er betonte aber, dass die Betroffenen klagen und Zeugen aussagen müssten, um die Situation zu verbessern, denn ohne ihre Informationen sei es unmöglich, die sie bedrohenden Banden zu zerschlagen.

Die Verdächtigungen gegen den ehemaligen Polizeidirektor Porfirio Pérez Panigua (vgl. Aktuelles September 2009) haben sich erhärtet. Zwei Monate als Polizeidirektor haben ihm gereicht, um ein Netz von Kriminellen zu bilden, die sich darauf spezialisierten, **Drogentransporte auszunehmen und Drogengeld verschwinden zu lassen**. Mittäter sind mehrheitlich ehemalige und aktive Polizeibeamte.

Am 20. November 2009 haben SicherheitsexpertInnen und VertreterInnen des Nationalen Sicherheitsrates in einem Seminar mögliche Szenarien zur **Verbesserung der Sicherheitslage** bis zum Jahr 2020 analysiert. Sie kamen zum Schluss, dass man ein neues Modell von Sicherheitskräften entwerfen müsse, da die bisherige Polizei nicht genüge. Dazu brauche es eine Road Map, welche einen politischen Pakt einschliesse, damit die Kontinuität gewährleistet sei. Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Francisco Jiménez, versprach, aufgrund der Beiträge der Zivilgesellschaft werde bis Januar 2010 ein Entwurf ausgearbeitet und Politik und Gesellschaft unterbreitet. Dieser soll innere und äussere Sicherheit, zivilen und militärischen Geheimdienst und Risikomanagement umfassen. Damit könnten dann auch die Verpflichtungen aus dem **Nationalen Vertrag für Sicherheit und Gerechtigkeit** (vgl. Aktuelles Juli 2009) erfüllt werden.

Im Namen der **Gruppe G4**, welche die Universität San Carlos, das Nationale Menschenrechtsprokurat, die katholische und die evangelische Kirche umfasst, und die in den Nationalen Vertrag für Sicherheit und Gerechtigkeit involviert ist, hat der Menschenrechtsprokurator, Sergio Morales, die Zunahme der Gewalt im Laufe des Jahres 2009 beklagt. Dies sei geschehen, weil der Integrale Sicherheitsplan nicht beachtet worden sei. Von den 101 Punkten der im April 2009 von Präsident Colom vorgelegten Road Map sind bisher nur 4 realisiert worden.

Der Fall Rosenberg

Am 11. September 2009 wurden **9 Mitglieder einer kriminellen Bande** festgenommen, die verdächtigt werden, am 10. Mai 2009 den Auftragsmord an Rodrigo Rosenberg begangen zu haben (vgl. Aktuelles Juli 2009). Drei der Festgenommenen sind amtierende Polizisten, zwei ehemalige Polizisten, einer ist ein Ex-Militär und die übrigen sind Zivile. Sie wurden unter strengsten Sicherheitsmassnahmen in verschiedenen Gefängnissen des Landes untergebracht. Carlos Castresana, Leiter der CICIG, welche die Sicherheitskräfte bei der Aufklärung des Falls unterstützt, erklärte, die Ermittlung, welche zu den Gefangennahmen führte, sei perfekte kriminalistische Feinarbeit gewesen. Castresana ist überzeugt, dass auch die Auftraggeber des Mordes überführt werden können.

Gegenwärtig stehen die Verdächtigten vor Gericht, die Verhandlungen sind aber nicht öffentlich. Bekannt geworden ist, dass einige sich versprechen, als „effiziente Mitarbeiter“ freizukommen, wenn sie dem Gericht wichtige Angaben liefern, die die Festnahme der Auftraggeber ermöglichen.

Franja Transversal del Norte

Am 21. November 2009 hat Präsident Álvaro Colom offiziell den Bau der Franja Transversal del Norte (FTN) eröffnet. Die FTN ist eine **breite, asphaltierte Verbindungsstrasse**, welche im Norden des Landes von Osten (Modesto Méndez, Izabal) nach Westen an die mexikanische Grenze bei La Mesilla verläuft, sie führt über 356 km durch 23 Munizipien in vier Departementen, Izabal, Alta Verapaz, Quiché und Huehuetenango. Es wird gerechnet, dass sich die Reisezeit für diese Strecke von bisher 24 auf sechs Stunden verkürzt.

Die Idee der Erschliessung der Zone durch eine Franja Transversal del Norte war schon in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Anlass, dass sich reiche Militärs, Politiker und Wirtschaftsbarone grosse Gebiete widerrechtlich aneigneten. Geplant wurde die heutige Strecke vor fast 19 Jahren, die Strasse konnte aber mangels Finanzen nicht realisiert werden. Das Projekt wurde redimensioniert und die Kosten von 203 Millionen US\$ werden mit einem Darlehen der Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration finanziert. Betraut mit dem Bau der Strasse ist die israelitische Firma Solel Boneh.

Vertreter des Landwirtschaftssektors sehen in der Erschliessung durch die FTN die Möglichkeit, ihre **Anbaugelände, die Forstwirtschaft und die Viehzuchtgebiete auszuweiten** und Verarbeitungsindustrien anzusiedeln. Als Folge davon würden auch Handels- und Dienstleistungsbetriebe von der Erschliessung profitieren.

Von **Umweltorganisationen** wird die Streckenführung der FTN durch den Nationalpark Laguna Lachúa kritisiert. Der Park Laguna Lachúa liegt in Alta Verapaz und ist einer der wichtigsten Orte mit Biodiversität des Landes. Yuri Melini, der Leiter von CALAS (einer grossen Umweltorganisation von Guatemala) sagte, das Risiko, dass der Park Schaden leide, sei enorm. Er verwies auf das Beispiel des Nationalparks Laguna del Tigre im Petén, wo mit der Erschliessung des Gebietes durch eine asphaltierte Strasse grosse Teile des Parkes durch Holzschlag, Rodung für Ansiedlungen, Viehzucht und Ackerbau zerstört wurden.

Die Regierung will von der Streckenführung nicht abweichen, da diese vom Nationalen Rat für geschützte Gebiete (CONAP) als unbedenklich erklärt worden sei und diese auch einen Plan zur Einschränkung von Besiedlung erstellt habe.

Am 1. Dezember 2009 haben UmweltschützerInnen bei der Staatsanwaltschaft ein Anklage gegen die CONAP eingereicht, weil diese erlaubt hat, die Franja Transversal del Norte durch den Nationalpark Laguna Lachúa zu führen.

Quellen: ¡Fijáte!, Incidencia democrática, Der Bund, NZZ, Die Wochenzeitung, El País, Diario de Centro América, La Hora, El Periódico, Siglo Veintiuno, Informationen von verschiedenen zivilen Organisationen in Guatemala

11. Dezember 2009 / ubu